

Professor Stephen M. Walt zeigt in dem wichtigen außenpolitischen US-Magazin Foreign Policy mit einem Rückblick auf versuchte Regimewechsel damit verbundene Risiken auf.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 085/18 – 17.06.18

## Regimewechsel für Dummies

Ein kurzer Rückblick auf eine global angewandte Taktik:  
Staatsstreiche in anderen Ländern

Von Stephen M. Walt  
Foreign Policy, 14.05.18

( <https://foreignpolicy.com/2018/05/14/regime-change-for-dummies/> )

In meinem letzten Kommentar [s. <https://foreignpolicy.com/2018/05/08/the-art-of-the-regime-change/> ] habe ich darauf hingewiesen, dass die abenteuerliche Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump, aus dem Iran-Deal auszusteigen, als erster Schritt zu einem weiteren (geplanten) Regimewechsel im Mittleren Osten zu werten ist. Wenn Trump die Absicht gehabt hätte, die Entwicklung iranischer Atombomben und ein regionales Wettrüsten zu verhindern, hätte er das dazu bestens geeignete Abkommen stabilisieren und nicht in Frage stellen müssen. Wenn er die Absicht gehabt hätte, die "regionalen Aktivitäten" des Irans zu stoppen, wäre es eine kluge Strategie gewesen, auf dem ausgehandelten Verzicht des Irans auf Atomwaffen zu bestehen und Teheran in Zusammenarbeit mit anderen Staaten durch Druck und weitere diplomatische Bemühungen zum Einlenken (bei seinem Raketenprogramm) zu bringen. Stattdessen wollten sich Trump, sein Sicherheitsberater John Bolton und Außenminister Mike Pompeo durch den Ausstieg aus dem Abkommen die Möglichkeit zur Verhängung weiterer Sanktionen gegen den Iran verschaffen. Durch verstärkten (wirtschaftlichen) Druck hoffen sie, die Regierung der Islamischen Republik Iran doch noch stürzen oder wenigstens iranische Hardliner zur Wiederaufnahme der Urananreicherung bringen zu können, um einen Vorwand für einen Präventivkrieg gegen den Iran zu haben, den Bolton schon immer wollte.



Entnommen aus Google

Vernünftigeren Strategen hätten erst überlegt, ob der angestrebte Regimewechsel überhaupt etwas bringt. Was lehrt uns diesbezüglich die Geschichte? Haben bisherige Versuche der USA oder anderer Staaten, Regimewechsel herbeizuführen, die erhofften positiven Veränderungen gebracht oder alles nur noch schlimmer gemacht? Sind die von einem Regimewechsel erhofften Vorteile mit relativ niedrigen Kosten zu erzielen, oder werden die meist sehr geringen Vorteile in der Regel nicht viel zu teuer erkaufte?

Diese Fragen lassen sich mit der folgenden kurzen Geschichte der Regimewechsel eindeutig beantworten: Versuchte Regimewechsel hatten fast immer schlimme Folgen!

**Der Staatsstreich im Iran im Jahr 1953:** Der Vorläufer aller nach dem Zweiten Weltkrieg inszenierten Regimewechsel im Nahen und Mittleren Osten war die Operation Ajax (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Operation\\_Ajax](https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Ajax) ), der gemeinsam von den Regierungen der

USA und Großbritanniens herbeigeführte Sturz des demokratisch gewählten iranischen Premierministers Mohammad Mossadegh (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Mohammad\\_Mossadegh](https://de.wikipedia.org/wiki/Mohammad_Mossadegh) ) im Jahr 1953 und die Inthronisierung des jungen Schahs Mohammad Reza Pahlavi (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Mohammad\\_Reza\\_Pahlavi](https://de.wikipedia.org/wiki/Mohammad_Reza_Pahlavi) ). Der Regimewechsel war ein glänzender taktischer Erfolg, weil der Schah bis 1979 ein wertvoller Verbündeter der USA blieb. Der Schah machte aber auch Probleme, weil er das iranische Atomwaffen-Programm startete und (mit seiner Folterpolitik) der von Ajatollah Ruhollah Chomeini (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Ruhollah\\_Chomeini](https://de.wikipedia.org/wiki/Ruhollah_Chomeini) ) ausgerufenen Islamischen Republik Iran den Weg bereitete, die den USA sehr feindlich gesonnen ist. Die Lehre daraus lautet: Durch einen Regimewechsel lassen sich zwar kurz- oder mittelfristige Erfolge erzielen, die sich aber relativ schnell als schwere Rückschläge erweisen können.

**Die Suezkrise:** Weil die ägyptische Regierung 1956 die Suezkanal-Gesellschaft verstaatlichte, was übrigens völlig legal war (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Suezkrise> ), beschlossen die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Israels, mit einer konspirativen Aktion den ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Gamal\\_Abel\\_Nasser](https://de.wikipedia.org/wiki/Gamal_Abel_Nasser) ) zu stürzen. Israel drang in die (ägyptische) Halbinsel Sinai ein, um Großbritannien und Frankreich einen Vorwand für eine Militäraktion "zum Schutz des Suezkanals" zu liefern. Die Angreifer hofften, mit einer Nasser zugefügten Niederlage dessen Ansehen so beeinträchtigen zu können, dass er zurücktreten müsste. Die Verschönerung erwies sich aber als demütigender Misserfolg: Der israelische Angriff war zwar erfolgreich, aber die USA und die (damalige) Sowjetunion zwangen Großbritannien, Frankreich und Israel, sich von den zeitweise besetzten Territorien wieder zurückzuziehen. Nicht nur Nassers Sturz misslang, wegen seines erfolgreichen Widerstandes gegen zwei ehemalige Kolonialmächte und Israel nahm sein Ansehen sogar noch zu. Der Suez-Krieg hat auch gezeigt, dass Großbritannien und Frankreich keine Großmächte mehr waren.

**Das Jemen-Abenteuer Ägyptens:** Leider hat sich Nassers gewachsenes Prestige sehr nachteilig für Ägypten ausgewirkt. Anfang der 1960er Jahre entschied er sich dafür, an der Seite angeblich progressiver Kräfte in einen Bürgerkrieg im Jemen einzugreifen (s. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46273582.html> ). Obwohl er 50.000 ägyptische Soldaten dorthin entsandte und viel Geld ausgab, musste er sich 5 Jahre später mit leeren Händen aus dem Jemen zurückziehen.

**Ariel Sharons großer Plan:** 1982 überfiel Israel den Libanon – angeblich wegen eines Mordversuchs an dem israelischen Botschafter in London; tatsächlich war der Überfall Teil eines großangelegten Planes des damaligen israelischen Verteidigungsminister Ariel Sharon. Damit wollte er die PLO (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische\\_Befreiungsorganisation](https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische_Befreiungsorganisation) ) aus dem Libanon vertreiben und dort eine proisraelische Regierung installieren (s. [http://www.deutschlandfunk.de/blutbad-unter-palaestinentern.724.de.html?dram:article\\_id=98894](http://www.deutschlandfunk.de/blutbad-unter-palaestinentern.724.de.html?dram:article_id=98894) ). Israelische Truppen marschierten in das Nachbarland ein, schossen zahlreiche syrische Kampfflugzeuge ab, und jagten Jassir Arafat (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Jassir\\_Arafat](https://de.wikipedia.org/wiki/Jassir_Arafat) ) und seine PLO bis nach Beirut hinterher. Die Israelis hielten den Süden des Libanons zwar bis zum Jahr 2000 besetzt, erschufen damit aber erst die Hisbollah (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Hisbollah> ). Sharon hat sein Ziel also nicht erreicht, sondern alles nur noch schlimmer gemacht.

**Saddam Hussein gegen die Welt:** Weil der irakische Präsident Saddam Hussein nach dem Krieg des Iraks gegen den Iran im Jahr 1990 im Schuldensumpf steckte, fiel er über Kuwait her und versuchte es zu annektieren. Sein schamloser Versuch, seine vielen wirtschaftlichen und innenpolitischen Probleme mit einem Schlag zu lösen, wurde von einer schnell gebildeten ungewöhnlichen Koalition aus westlichen und arabischen Staaten unter Führung der USA vereitelt; auf dem Rückzug wurde ein großer Teil seiner Armee vernich-

tet. Anschließend musste er seine Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen aufgeben. Es gelang ihm zwar, noch einige Zeit an der Macht zu bleiben, aber sein versuchter "Regimewechsel" in Kuwait war ein totaler Fehlschlag.

**Der Versuch, die Taliban zu verjagen:** Weil sich das Talibanregime in Afghanistan nach den 9/11-Anschlägen weigerte, Osama bin Laden an die USA auszuliefern (was so nicht stimmt, s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kompromisslinie-taliban-erwaegen-auslieferung-bin-ladens-an-drittstaat-a-162423.html> ), verbündeten sich die USA mit der afghanischen Nordallianz, um den Taliban die Macht zu nehmen. Washington gelang es schließlich, unter Hamid Karzai (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Hamid\\_Karzai](https://de.wikipedia.org/wiki/Hamid_Karzai) ) eine neue afghanische Zentralregierung zu installieren. Wann war das nochmal ? Das war vor mehr als 15 Jahren und hat bisher über 1 Billion Dollar gekostet. Und heute stecken die USA immer noch in einem Krieg in Afghanistan, den sie nicht gewinnen können, aus dem sie sich aber auch nicht zurückziehen wollen. Es scheint also relativ leicht zu sein, eine schwache Regierung zu stürzen, ist aber offensichtlich sehr schwer, eine stabile neue Regierung zu bilden. Und es sollte auch nicht vergessen werden, dass die Sowjetunion ganz ähnliche Erfahrung gemacht hat, als sie versuchte, einen Regimewechsel in Kabul herbeizuführen: Auch sie verstrickte sich in einen langen Krieg, den sie nicht gewinnen konnte (s. dazu auch <https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-12/afghanistan-hilfe-islamisten> ).

**Die USA gegen Saddam Hussein im Jahr 2003:** Nach den 9/11-Anschlägen hat die Regierung des Präsidenten George W. Bush begonnen, den Plan der Neokonservativen zur "regionalen Transformation" des Mittleren Ostens umzusetzen – beginnend mit der Invasion des Iraks und dem Sturz Saddam Husseins (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP00716\\_150116.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP00716_150116.pdf) ). Präsident Bush und Vizepräsident Dick Cheney machten sich diesen absurden Plan zu eigen, und führende israelische Politiker wie Schimon Peres (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Schimon\\_Peres](https://de.wikipedia.org/wiki/Schimon_Peres) ), Benjamin Netanjahu und Ehud Barak (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Ehud\\_Barak](https://de.wikipedia.org/wiki/Ehud_Barak) ) halfen mit, ihn den US-Amerikanern schmackhaft zu machen und wurden dabei von vielen (angeblich) liberalen Falken in den USA unterstützt. Im Nachhinein ist jedoch festzustellen, dass dieser Plan von offensichtlich Wahnsinnigen erdacht worden war. Die US-Streitkräfte hatten Saddams viertklassige Armee zwar schnell besiegt, lösten damit aber einen Aufstand aus, in dem der Einfluss des Irans (auf den Irak) ständig wuchs und aus dem schließlich der Islamische Staat / IS hervorging. In dem Krieg im Irak verloren mehr als 7.000 US-Soldaten und Angestellte von US-Sicherheitsfirmen ihr Leben, 50.000 US-Amerikaner wurden verwundet, und die US-Steuerzahler mussten mehrere Billionen Dollar dafür bezahlen. Unverbesserliche Neokonservative wie John Bolton, die den Überfall auf den Irak befürwortet haben, verteidigen ihn bis heute – trotz der hohen Kriegskosten und dem ausgebliebenen Erfolg (s. <https://anfdeutsch.com/aktuelles/Ueberraschende-ergebnisse-al-sadr-fuehrt-bei-wahl-im-irak-4452> ).

**Der Sturz Gaddafis:** Der libysche Machthaber Muammar al-Gaddafi (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Muammar\\_al-Gaddafi](https://de.wikipedia.org/wiki/Muammar_al-Gaddafi) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP20111\\_051111.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP20111_051111.pdf) ) war den US-Regierungen seit seiner Machtergreifung im Jahr 1969 ein Dorn im Auge. Als er nach einer internationalen Sanktionskampagne und wegen geringer Erfolgsaussichten alle Versuche, eigene Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, aufgab, ließ ihn die Regierung George W. Bushs gewähren und stellte den (auch für Libyen geplanten) Regimewechsel erst einmal zurück. Als es im Rahmen des Arabischen Frühlings auch zu einem (inszenierten) Aufstand in Libyen kam, gab Präsident Barack Obama die unter Bush geübte Zurückhaltung auf und verbündete sich mit Großbritannien, Frankreich, dem Oman und einigen anderen arabischen Staaten, um den unbequemen Größenwahnsinnigen loszuwerden. Dadurch entstand jedoch kein neues, wohlhabendes und befriedetes Libyen, sondern ein Land, in dem bis heute Anarchie herrscht, in dem der Islamische Staat Fuß fasste, und dessen Waffendepots für andere Kriegsschauplätze geplündert wurden.

**Assad muss – vielleicht doch nicht – gehen:** Wie in Libyen konnten es auch in Syrien ausländische Mächte nicht lassen, sich in einen (ebenfalls inszenierten) Aufstand gegen den syrischen Diktator Bashar al-Assad einzumischen. Als die Obama-Regierung erklärte, "Assad muss gehen", begannen außer den USA auch Saudi-Arabien, die Türkei und mehrere andere Staaten sofort, die "syrischen Rebellen" zu unterstützen, trotz des Risikos, dass von ihrer Hilfe auch Dschihadisten profitieren könnten. Die Intervention Russlands und des Irans haben Assad bis heute an der Macht gehalten. Die Kämpfe haben bisher mehr als eine halbe Million Tote gefordert, und es besteht die Gefahr, dass sie (zu einem Dritten Weltkrieg) eskalieren könnten.

Ich könnte die erfolglosen Versuche von US-Regierungen, Regimewechsel in anderen Staaten herbeizuführen, mit Ausführungen zum Jemen oder zu Somalia fortsetzen, glaube aber, dass Sie bereits verstanden haben, worauf ich hinaus will. Und damit Sie nicht denken, ich hätte nur versuchte Regimewechsel mit katastrophalem Ausgang herausgepickt, kann ich Ihnen versichern, auch umfassende Studien über "vom Ausland inszenierte Staatsstrieche" haben ergeben, dass sie nur sehr selten die von den Verursachern erhofften Ergebnisse bringen. In Anbetracht der zahlreichen Fehlschläge sollte man eigentlich annehmen, dass Mächte, die "Regimewechsel" in anderen Ländern anzetteln wollen, inzwischen erkannt haben müssten, dass sie damit nur "die Büchse der Pandora" (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCchse\\_der\\_Pandora](https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCchse_der_Pandora) ) öffnen, die sie besser geschlossen ließen.

Warum Regimewechsel meistens misslingen, ist nicht schwer zu verstehen.

Erstens veranlassen von außen inszenierte Staatsstrieche auch andere Regime zum Eingreifen, die ein ähnliches Schicksal vermeiden wollen. Deshalb hat es nicht überrascht, dass auch der Iran und Syrien nach dem US-Überfall auf den Irak eingegriffen haben, weil sie wissen, dass sie ebenfalls auf der US-Abschussliste stehen und mit ähnlichen Überfällen rechnen müssten, wenn das US-Abenteuer im Irak doch noch erfolgreich endet. Und es überrascht auch nicht, dass Nordkorea viele Opfer gebracht hat, um sich Atomwaffen zu verschaffen, und dass auch der Iran Atomwaffen entwickeln wollte, weil ihm die USA mehrfach gedroht haben. Je mehr die USA dazu übergehen, Außenpolitik nur noch durch die Inszenierung von Regimewechseln zu betreiben, desto größer wird der Widerstand, auf den sie stoßen.

Zweitens ist mit dem Sturz einer ausländischen Regierung der Job noch nicht beendet, weil die härteste Arbeit erst danach beginnt. Der Sturz eines vorhandenen Regimes schafft Sieger und Verlierer, und die Letzteren sind normalerweise entschlossen, sich mit Waffengewalt zu rächen oder andere unangenehme Maßnahmen zu ergreifen, um sich ihre verlorenen Positionen zurückzuholen. Statt einer blühenden und stabilen Demokratie, in der politische Konkurrenten ihre unterschiedlichen Auffassungen mit legitimen Mitteln ausfechten, entsteht in der Regel ein zerrütteter Staat, in dem schon bald ein Bürgerkrieg tobt.

Drittens sind neu installierte Regierungen selten das willige Werkzeug, das man sich mit dem Regimewechsel verschaffen wollte. Hamid Karzai wurde als ideale Führungsfigur für ein von den Taliban befreites Afghanistan hochgejubelt, erwies sich aber schnell als widerspenstiger und wenig kooperativer Politiker, der sich weigerte, die Korruption zu bekämpfen oder den Rat der US-Amerikaner anzunehmen, von denen seine Regierung abhängig war. Auch die irakischen Regierungschefs, die auf Saddam folgten, waren nicht so US-hörig, wie erwartet worden war, und einige von ihnen, wie der ehemalige Premierminister Nuri al-Maliki (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Nuri\\_al-Maliki](https://de.wikipedia.org/wiki/Nuri_al-Maliki) ), strebten von Anfang an nach engerer Zusammenarbeit mit dem Iran. Auch (von der US-Regierung) an die Macht gehievte Regierungschefs haben eigene Interessen und müssen sich, weil sie politisch über-

leben wollen, häufig auf Kompromisse einlassen, die der US-Regierung überhaupt nicht gefallen. Das gilt besonders für den Nahen und Mittleren Osten, wo die USA – nicht grundlos – sehr unbeliebt sind.

Verschärft werden die genannten Probleme noch durch Ignoranz und fehlende Erfahrung: Wenn eine ausländische Macht die Regierung eines anderen Landes zu stürzen beabsichtigt, weiß sie meistens zu wenig über dessen gesellschaftliche Verhältnisse, um wirklich kluge Entscheidungen bezüglich der neuen Ordnung treffen zu können, die geschaffen werden soll. Sie weiß nicht, welche einheimischen Führungspersonlichkeiten vertrauenswürdig und ehrlich sind, oder ob sie über ausreichende Kenntnisse (und Verbindungen) verfügen, um Einrichtungen schaffen zu können, die von der einheimischen Bevölkerung akzeptiert werden. Unabhängig davon, wie schlimm die Verhältnisse vor dem Sturz des alten Regimes waren, werden sich die Zustände nach dem Zusammenbruch der bisherigen Ordnung erst einmal verschlimmern. Diejenigen, die den Regimewechsel herbeigeführt haben, hoffen zwar immer darauf, als "Befreier" begrüßt zu werden; es ist aber viel wahrscheinlicher, dass die einheimische Bevölkerung schnell ernüchtert ist und wütend und gewaltsam reagieren wird.

Keine Bevölkerung unterwirft sich gern einer neuen Ordnung, die ihr von einer ausländischen Macht mit Waffengewalt aufgezwungen wird, völlig unabhängig davon, ob diese Macht gute oder schlechte Absichten verfolgt. Wenn verbliebener Widerstand gewaltsam gebrochen werden muss, entzündet das nationale Leidenschaften, aus denen eine neue Opposition erwächst. Das ist fast überall geschehen, wo die USA in den letzten Jahrzehnten interveniert haben, und diese Erfahrung mussten auch andere Einmischer machen.

Deshalb ist natürlich zu fragen, warum die USA unfähig zu sein scheinen, die richtigen Lehren aus ihren Misserfolgen zu ziehen. Es ist natürlich von Vorteil, dass vor allem die betroffenen Staaten die US-Interventionen sehr teuer bezahlen müssen, und dass die getöteten oder verwundeten US-Amerikaner freiwillig (also auf eigenes Risiko) in den Krieg gezogen sind. Und weil die USA ihre aktuellen Kriege mit Krediten finanzieren, werden die eigenen Kriegskosten erst von zukünftigen Generationen zu bezahlen sein, und nicht von denjenigen, die aktuelle Kriege anzetteln. Wenn man in die Suche nach Gründen (für die Unfähigkeit zu kritischem Nachdenken) noch die geldgierigen Thinktanks, die (häufig nur auf dem Papier bestehenden) Briefkopf-Beratungsfirmen, die Lobbyisten (der Rüstungsindustrie), die mit Wahlkampfspenden gekauften Politiker und unbelehrbare Kriegstreiber wie Bolton und seine Gesinnungsgenossen einbezieht, dann ist zu verstehen, warum ein Präsident, der die USA eigentlich "aus dem Geschäft des Nation Building" herausholen wollte, jetzt alles tut, damit sich nichts ändert.

*Stephen M. Walt ist Professor am Robert und Renée Belfer Center für Internationale Beziehungen der Harvard University (weitere Infos dazu unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Belfer\\_Center\\_for\\_Science\\_and\\_International\\_Affairs](https://de.wikipedia.org/wiki/Belfer_Center_for_Science_and_International_Affairs)).*

(Wir haben den erstaunlich kritischen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Den Link in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Weitere Infos über ihn sind nachzulesen unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Stephen\\_M.\\_Walt](https://de.wikipedia.org/wiki/Stephen_M._Walt). Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



## Regime Change for Dummies

**A brief global history of a tactic that's back in style: toppling other countries' governments.**

By Stephen M. Walt | May 14, 2018

In my last column, I argued that U.S. President Donald Trump's rash decision to violate the Iran nuclear deal was the first step in a new round of regime change in the Middle East. If his goal was stopping an Iranian bomb and preventing a regional arms race, the existing agreement was working just fine, and he should have been trying to make it permanent instead of gutting it. If his goal was stopping Iran's "regional activities," the smart strategy would have been to keep the country from going nuclear while working with others to bring Iran to heel through pressure and additional diplomacy. Instead, Trump, National Security Advisor John Bolton, and Secretary of State Mike Pompeo are hoping that violating the Iran deal will let them re-impose sanctions on Iran. They hope this pressure will topple the Islamic Republic, or lead Iran's own hard-liners to restart its nuclear enrichment program and provide a pretext for the preventive war that Bolton has long advocated.

More sensible strategists might have first considered whether this goal even makes sense. What does history teach us? Did previous efforts at regime change (by the United States and by others) produce the expected benefits, or did they end up making things worse? Does regime change produce real benefits at relatively low cost, or is the price tag usually much higher than expected, while the benefits tend to be disappointing?

The answers, in fact, are pretty obvious, as can be seen from the following brief history of regime change. (Spoiler alert: It's almost always a very bad idea.)

**The Iran coup, 1953:** In the Middle East, the grandfather of post-World War II regime changes was Operation Ajax, the joint American and British effort to topple the democratically elected Iranian Prime Minister Mohammed Mossadegh in 1953 and restore the young Shah Mohammed Reza Pahlavi to the throne. The plot was a brilliant tactical success, and one could argue that the shah was a valuable ally to the United States until 1979. But the shah was something of a mixed bag as an ally (among other things, he began Iran's nuclear weapons program), and the U.S. role in placing him on the throne and backing him is the main reasons that the Ayatollah Ruhollah Khomeini and his political descendants have been so hostile to the United States. The lesson: even short-to-medium-term success sometimes leads to much bigger problems later on.

**The Suez debacle:** After the Egyptian government nationalized the Suez Canal Company in 1956 (a perfectly legal maneuver, by the way), the leaders of Britain, France, and Israel colluded in a harebrained scheme to topple Egyptian leader Gamal Abdel Nasser. Israel agreed to invade the Sinai Peninsula, providing the pretext for Britain and France to intervene to "protect the canal." The attackers assumed that the defeat would puncture Nasser's prestige and led to his ouster. The result was a humiliating failure: Although the Israeli assault went well, the scheme fooled precisely no one, and the United States and Soviet Union eventually forced Britain, France, and Israel to withdraw from the territories they had seized. Not only did Nasser not fall from power, but his defiance of the two former colonial powers and Israel also sent his prestige soaring. In the end, the Suez war mostly succeeded in demonstrating that Britain and France weren't true great powers anymore.

**Egypt's Yemen adventure:** Unfortunately for Egypt, Nasser's prestige went to his head, and in the early 1960s he decided to intervene on the side of supposedly progressive forces in the Yemen Civil War. Egypt eventually sent more than 50,000 troops there, spent money it didn't have, and ended up withdrawing five years later with nothing to show for it.

**Ariel Sharon's grand scheme:** In 1982, Israel invaded Lebanon, ostensibly in retaliation for the attempted assassination of the Israeli ambassador in London but in fact as part of a grand scheme that then-Defense Minister Ariel Sharon had cooked up. In an attempt to rout the PLO and install a pro-Israel government in Lebanon, Israel's troops invaded its neighbor, shot down a bunch of Syrian aircraft, and chased Yasser Arafat and the PLO all the way to Beirut. But the whole scheme soon unraveled, Israel ended up occupying Southern Lebanon until 2000, and the end result was the creation of Hezbollah. Well done, Arik!

**Saddam Hussein vs. the world:** Mired in debts following the Iran-Iraq War, in 1990 Iraqi President Saddam Hussein invaded Kuwait and tried to annex it. This blatant attempt to solve his many economic and internal problems failed completely, because an unlikely coalition of Western and Arab powers led by the United States quickly assembled to toss Iraq out of Kuwait, destroy much of its military power, and then dismantle his various weapons of mass destruction programs. Saddam managed to cling to power, but his effort at "regime change" in Kuwait was an abject failure.

**Toppling the Taliban:** When the Taliban regime in Afghanistan refused to deliver Osama bin Laden into U.S. custody after Sept. 11, the United States joined up with the Afghan Northern Alliance and intervened to drive the Taliban from power. Washington then helped coordinate the formation of a new Afghan government under Hamid Karzai. Guess what? That was more than 15 years and a trillion dollars ago, and today the United States is still mired in a war it can't win and can't seem to get out of. Turns out toppling governments is easy; creating new ones is really, really hard. And don't forget that the Soviet Union had a similar experience when it tried to engineer regime change in Kabul and ended up in a protracted war it couldn't win either.

**The United States vs. Saddam Hussein, 2003:** In the aftermath of 9/11, the George W. Bush administration embraced the neoconservative blueprint for "regional transformation" in the Middle East, beginning with the invasion of Iraq and the ouster of Saddam Hussein. President Bush and Vice President Dick Cheney fell for this cockamamie scheme; Israeli leaders such as Shimon Peres, Benjamin Netanyahu, and Ehud Barak helped sell the idea to the American people, and plenty of liberal hawks bought into the idea as well. With hindsight, however, the whole idea was positively delusional. The United States had little trouble defeating Saddam's fourth-rate army, but the end result was a bitter insurgency, greatly expanded Iranian influence, and eventually, the emergence of the Islamic State. The war also cost the lives of more than 7,000 U.S. soldiers and contractors and left more than 50,000 wounded, and it cost the American taxpayer several trillion Neoconservative die-hards — including John Bolton — defend the decision to this day, but neither the price tag nor the result is what they confidently predicted back when they were leading the country to war.

**Ousting Qaddafi:** Libyan leader Muammar al-Qaddafi was a thorn in America's side since he first seized power in 1969, but an extended multilateral sanctions campaign eventually persuaded him to give up Libya's WMD programs, which were not far advanced. In exchange, the George W. Bush administration agreed to leave him in power and to refrain from regime change. When an anti-Qaddafi uprising began as part of the Arab Spring, however, President Barack Obama promptly reneged on Bush's pledge and joined forces

with Britain, France, Oman, and some other Arab countries to get rid of the pesky megalomaniac. The end result was not a new, prosperous, and tranquil Libya, however; instead, the country soon descended into anarchy, creating new opportunities for the Islamic State and allowing lot of unsecured weaponry to flow to other war zones.

**“Assad must go” (or maybe not):** As with Libya, outside powers could not resist trying to interfere in the uprising against Syrian dictator Bashar al-Assad. The Obama administration declared “Assad must go,” and Saudi Arabia, the United States, Turkey, and a number of other powers tried to aid the anti-Assad forces, despite fears that this might result in a jihadi takeover. Russian and Iranian intervention kept Assad in power, however, and the end result has been more than a half million dead and a continuing struggle for power that keeps threatening to escalate further.

I could toss in America’s failed efforts to manage political transitions in places such as Yemen or Somalia as well, but you get the point. And lest you think I’ve just cherry-picked the biggest disasters, more comprehensive studies of the full universe of “foreign-imposed regime changes” have shown that it rarely produces the beneficial outcomes that its advocates predict. Given this sorry track record, you’d think outside powers would understand that “regime change” is a Pandora’s box that is best left firmly closed.

The reasons aren’t hard to understand.

First, toppling a foreign regime puts other regimes on notice, and they begin to take action to avoid a similar fate. It is not surprising that Iran and Syria both intervened to thwart U.S. efforts in Iraq, for example, because they knew they were next on the U.S. hit list if the Iraq adventure had succeeded. And it is equally unsurprising that North Korea sacrificed much to get nuclear weapons, or that Iran has seriously considered doing so, given that the United States has repeatedly called for their demise. The more the United States makes regime change a staple tool of its foreign policy, the more resistance it is likely to face.

Second, toppling a foreign government isn’t the end of the job — it’s when the hard work really starts. Removing an existing regime creates winners and losers, and the latter are usually willing to take up arms or do other unpleasant things to try to regain their former positions. Instead of a thriving and stable democracy, with political competition regulated by well-established and legitimate institutions and norms, the more likely result is a failed state and civil war.

Third, once installed in power, the new government is rarely the compliant tool that regime-changers expect. Hamid Karzai was hailed as the ideal leader for post-Taliban Afghanistan, but he proved to be a recalcitrant and uncooperative politician who refused to crack down on corruption or take the advice of the Americans on whom his government depended. Iraq’s post-Saddam leaders have hardly been reliable U.S. clients either, and some of them, such as former Prime Minister Nouri al-Maliki, were more sympathetic to Iran from the start. Even when you help bring someone to power, they have to govern with their own interests and political survival in mind, and that often means doing things that Americans won’t like. This is especially true in the Middle East, where the United States is broadly disliked (and not without reason).

Compounding this problem is ignorance: Foreign powers that intervene to topple a local government rarely know enough about the society they are entering to make smart decisions about the new order that must now be created. They won’t know which local leaders are reliable or honest, or have sufficient cultural understanding to devise institutions that will be seen as legitimate by the local population. No matter how bad things were before

the old regime was toppled, the situation is likely to be even worse once the old order has collapsed. Regime-changers always claim they will be greeted as liberators, but the more likely outcome is a population that is quickly disillusioned and soon becomes resentful and violent.

Lastly, no population likes taking orders from well-armed foreign occupiers, no matter how benevolent their original intentions might have been, and heavy-handed measures to deal with pockets of resistance will ignite nationalist passions and generate new sources of opposition. That's been the story nearly everywhere the United States has intervened in recent years, and the U.S. experience is far from unique.

The real puzzle, of course, is why the United States seems incapable of learning this rather obvious lesson. One reason it doesn't learn is that it is the countries where it intervenes that bear most of the costs of its imperial follies, while the only Americans who die or are wounded are those who have volunteered for military service. And because the United States now finances wars by borrowing, the economic costs will be paid by future generations, not by those who are making decisions today. Add to this mix the phalanx of well-funded, hawkish think tanks, letterhead organizations, lobbies, and campaign contributors that buy up politicians and provide Bolton and his ilk comfortable sinecures from which to operate, and you can begin to understand why a president who used to say the United States needed to get "out of the nation-building business" is now taking steps that will force it to do more of the same.

*Stephen M. Walt is the Robert and Renée Belfer professor of international relations at Harvard University.*

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**